

Forderungen in Koalition nach Finanztransaktionssteuer

(AFP) – Vor 3 Stunden

Berlin — Nach der Verabschiedung des Milliarden-Schutzschirms für den Euro mehrten sich in der schwarz-gelben Koalition die Befürworter einer Finanztransaktionssteuer. CSU-Chef Horst Seehofer forderte, dass die Finanzbranche "durch eine verschärfte Bankenabgabe und die Einführung einer Transaktionssteuer" an der Finanzierung der Krisenfolgen beteiligt werden müsse. SPD und Grüne begrüßten, dass es Bewegung bei dem strittigen Thema gebe.

Die von der SPD geforderte Finanztransaktionssteuer soll nicht die Gewinne von Banken besteuern, sondern jeden einzelnen Handel fast aller Finanzprodukte - von Aktien über Devisen bis hin zu Spekulationspapieren. Befürworter schlagen beispielsweise einen Steuersatz von 0,05 Prozent vor, was allein für Deutschland Einnahmen von zehn bis 20 Milliarden Euro bringen würde. Die Kanzlerin sprach sich dagegen für eine Finanzaktivitätssteuer aus, wie sie der Internationale Währungsfonds vorgeschlagen hatte. Sie soll auf die Gewinne von Finanzunternehmen, aber auch auf Gehaltszahlungen wie etwa Managerboni erhoben werden.

Seehofer sagte der "Passauer Neuen Presse": "Wir brauchen einen geregelten Finanzmarkt, die Vorschläge von der europäischen Ratingagentur bis hin zur Bankenaufsicht müssen endlich umgesetzt werden." Viele Vorhaben könnten noch vor der Sommerpause auf den Weg gebracht oder umgesetzt werden.

CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich sagte in der ARD, die Transaktionssteuer sei zwar kein "Allheilmittel", sie könne aber "den Risikohunger der Akteure an den Finanzmärkten bremsen". Nötig sei jedoch ein internationales Vorgehen.

Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte der "Süddeutschen Zeitung": "Wir brauchen schnell eine Abschöpfung internationaler Spekulationsgewinne, die die Realwirtschaften nicht belasten". Gegen eine "undifferenzierte Finanztransaktionssteuer", wie sie die SPD diskutiere, gebe es aber "zu Recht Bedenken".

Zuvor hatte auch FDP-Chef Guido Westerwelle im ZDF Zweifel an einer solchen Steuer anklingen lassen. Zugleich machte er deutlich, "dass die Märkte Leitplanken bekommen" müssten.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die Diskussion bewege sich. Der Europäische Rat wolle die Transaktionssteuer prüfen. In Deutschland habe sich sogar der Sparkassen- und Giroverband zu dem Instrument bekannt. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, endlich für Klarheit bei der Transaktionssteuer zu sorgen. Es gehe nicht, dass ein Milliarden-Rettungsschirm aufgespannt werde und Spekulanten "ungeniert weitermachen".

Copyright © 2010 AFP. Alle Rechte vorbehalten. Mehr »

Related articles

Und wieder ein Steuerstreit in der Koalition
tagesschau.de - Vor 22 Stunden

Unionsfraktion streitet über Finanzsteuer
T-Online - Vor 1 Tag

Euro-Rettung: Koalition streitet über Finanz-Steuer
ZEIT ONLINE - Vor 1 Tag

[More coverage \(1\) »](#)

[4,7% Tagesgeld-Zinsen](#)

Tagesgeld-Konten mit Top-Zinsen im aktuellsten Online-Vergleich!
[Tagesgeld.Vergleich.de](#)

[Steuern](#)

Wir zahlen ihnen bis zu 200% vom Rückkaufswert! Hotline 0800-1884500
[www.sk-sachwert.ag](#)

[Faire Kredite ab 1,99%](#)

Kredite jetzt individuell & schnell abfragen - Mit Bestzins-Garantie!
[www.Kredit-Testsieger.Geld.de](#)



Foto 1 von 2



Börsenhändler



Karte



 Fügen Sie Google News Ihrer Google-Startseite hinzu!